

Russland : Autoritärer Kapitalismus ohne Demokratie

Autor(en): **Berger, Roman**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **102 (2008)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-389988>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Russland: Autoritärer Kapitalismus ohne Demokratie

• **Wie die vom Westen unterstützte «Schocktherapie» den demokratischen Prozess in Russland diskreditierte**

Manchmal sagt ein Titel mehr aus als der Text. «Losing Russia» heisst die Überschrift einer Analyse des amerikanischen Russlandexperten Dimitri Simes über die wachsende Entfremdung zwischen dem Westen und dem wieder erstarkten Russland.¹ Der Westen «verliert» heute Russland, weil nach dem Verschwinden der Sowjetunion die Meinung vorherrschte, Russland werde sich als besiegte Supermacht nach einer kurzen Übergangsperiode als Juniorpartner in die westeuropäisch-atlantische Zivilisation integrieren. «Die Geschichte ist zu Ende» verkündete Francis Fukuyama und das «Time Magazine» titelte im September 1991: «Starting at Year Zero».

Es kam anders. Russland hat wohl den Kapitalismus vom Westen übernommen aber nicht sein Verständnis von Demokratie und Menschenrechten. Im Gegenteil, in Russland ist ein autoritäres Regime entstanden, das zudem den Westen als neue Energiegrossmacht herausfordert. Warum Russland nicht demokratisch, aber sehr wohl kapitalistisch geworden ist, hat der Westen unter der Präsidentschaft Putins zur Kenntnis nehmen müssen. Die Ursachen dieser Entwicklung sind jedoch in der entscheidenden Übergangsphase vom sowjetischen zum postsowjetischen Russland zu suchen, die man im Westen als «Zeitenwende» bezeichnet. Damals, als Russland wirtschaftlich und politisch am Boden lag, wurden unter dem Einfluss des Westens wichtige Weichen gestellt, welche die autoritäre Entwicklung des Landes bestimmten. Heute zeigt das wieder erstarkte Russland im Kaukasus dem Westen die Stirn. Der folgende Beitrag versucht diese entscheidende Umbruchzeit und die Rolle des Westens darin zu beleuchten.

Kein Zusammenbruch, sondern eine Umverteilung

Am Anfang stand eine gravierende Fehleinschätzung. Als Boris Jelzin im August 1991 vor dem «Weissen Haus» Moskaus auf einen Panzer stieg, um den Putschisten Widerstand zu demonstrieren, sicherte sich der frühere KP-Chef von Swerdlowsk in den Augen des Westens ein Image als Demokrat und Revolutionär. Was in Russland und der übrigen Sowjetunion stattgefunden hat, war aber kein Zusammenbruch des alten Systems, sondern eine Umverteilung von Mitteln und Personen, die Jegor Gaidar, der erste Premierminister Jelzins und somit ein untrüglicher Zeuge, so beschrieben hat: «Das alte System hat den Staub der marxistischen Ideologie mühelos abgestreift. Nur die Hülle wurde ausgetauscht, Körper und Geist dieses Systems bleiben unverletzt.» Das Ziel dieses Abstreifens der Hülle bestand laut Gaidar darin: «Eigentum zu erwerben und zugleich eine Machtgarantie zu erhalten. Entscheidend war es, dass Eigentum im Land nicht unter den Einfluss von Marktgesetzen zirkuliert, sondern wie zuvor im Magnetfeld der Macht.»² Gaidar hat damit das Spezifische am autoritären oder bürokratischen Kapitalismus im postsowjetischen Russland definiert: «Eigentum muss im Magnetfeld der Macht zirkulieren.»

In westlichen Medien wird oft von den chaotischen Jahren unter Präsident Jelzin gesprochen. Chaos und Tumult herrschten. Aber genau dieses Chaos ermöglichte es, die von Gaidar charakterisierte Umverteilung unter dem Etikett von radikalen Reformen einem betäubten Volk aufzuzwingen, das sonst nie zugestimmt hätte. Jelzins Radikalreformen waren nicht chaotisch, sondern eine durchdachte Politik, die den Namen «Schocktherapie» bekam. Die Formel der Schocktherapeuten lautete: Preisliberalisierung und Privatisierung schaffen den Markt und wenn Marktwirtschaft herrscht, ist auch Demokratie garantiert.

Präsident Jelzin verkündete im Oktober 1991, es werde eine harte, aber kurze Übergangsperiode geben. Spätestens in einem Jahr habe Russland alles überstanden. Der erste Schritt, die Preisliberalisierung, führte aber nicht zu einer Stimulierung der Produktion und Senkung der Kosten – wie die Reformer hofften – sondern zu einer Hyperinflation von über 1000 Prozent.

Nach den verheerenden Folgen der Preisliberalisierung weckte die Privatisierung Hoffnung. Jeder Bürger erhielt einen Voucher im Wert von 10 000 Rubel. Der Gutschein, der dem Wert eines Autos der Marke Volvo entsprach, sollte

Hyperinflation noch den Gegenwert eines Paar Stiefels.

So entstand der Oligarchenkapitalismus

Der Privatisierung für das Volk folgte die Privatisierung für die Reichen. Hier wurden die fetten Happen des ehemaligen Volkseigentums, Öl, Telekommunikation und Buntmetalle, verteilt. Eine Gruppe von Jungkapitalisten (Söhne der Partei- und Staatsbürokratie) gab dem bankrotten Staat Kredite und erhielt dafür Aktienpakete der Filetstücke der noch staatlichen Wirtschaft. Die Regierung hätte diese Kredite wieder zurückzahlen sollen. Aber der Staat steckte in einer chro-

nach dem Willen der Regierung in Aktienfonds investiert werden. Jelzins Losung lautete: «In Russland soll es nicht einige wenige Millionäre, sondern Millionen von Aktionären geben.» Als der Gutschein 1994 endlich unter der Bevölkerung verteilt wurde, hatte er wegen der

nischen Finanznot. Es kam zu einer verdeckten Privatisierung und so entstand Russlands Oligarchenkapitalismus.

Formell wurden keine Gesetze gebrochen. In Wirklichkeit wurde der Staat von den Oligarchen aber als Geisel genommen. Das Ausmass dieser Geiselnah-

(Foto: Roman Berger).

me des Staates durch die Oligarchen zeigte sich bei den Präsidentschaftswahlen 1996. Weil der schwer kranke und unpopuläre Jelzin im Kampf gegen Kommunistenchef Sjuganow auf verlorenem Posten schien, beschlossen die Oligarchen, Jelzins Wiederwahl zu finanzieren und über die inzwischen von ihnen kontrollierten Medien zu unterstützen. Jelzin wurde wieder gewählt.

Nach geschlagener Schlacht forderten die Oligarchen ihren Tribut. Diesmal ging es nicht um Aktienpakete, sondern um die direkte Beteiligung an der Macht. «Uns gehört halb Russland, wir haben Jelzins Wiederwahl finanziert. Jetzt haben wir auch das Recht, das Land zu regieren. Wir sind Russlands neue Elite», erklärte Boris Beresowski.

In den Hauptstädten des Westens wurde die Privatisierung als grosser Erfolg gefeiert. Warum, das hat der deutsche Russlandexperte Roland Götz treffend formuliert: Die neuen Oligarchen erfüllten «geradezu eine weltpolitische Funktion, die sehr im Interesse der westlichen Staatengemeinschaft lag. Sie de-

molierten, angeleitet von westlichen Beratern und in Kooperation mit den zu Miteigentümern mutierten Parteifunktionären, die ökonomische Basis der ehemaligen Staatswirtschaft und machten damit die marktwirtschaftlich kapitalistische Entwicklung Russlands unumkehrbar.»³

In Russland aber kamen Macht und Eigentum wieder zusammen. Die Oligarchen hatten den Staat nicht nur zur Geisel genommen, sondern auch noch privatisiert. Im Volk wurde die «Privatisazija» (Privatisierung) zum Schimpfwort «Prichvatisazija» (Klauerei).

Washingtons Einflussnahme

Mitte der 90er Jahre erschienen in den russischen Medien Berichte, wonach wichtige wirtschaftspolitische Entscheide zuerst das O.K. von Washington haben mussten. In Wirklichkeit verlief die Einflussnahme Washingtons viel raffinierter. Die US-Regierung hatte ein Team von Juristen und Ökonomen des «Harvard Institute for International Development» beauftragt, die Schlüsselfiguren im Re-

Mitglieder der Putintreuen Nachwuchsorganisation «Naschi» am Tag des Wahlsieges vor der Machtkulisse Russlands, der Basilius-Kathedrale und dem Kreml (Foto: Mischa Japardsche).

formprozess zu beraten. Mit dieser Strategie hatte Washington eine grössere Gewissheit, dass bei der wichtigsten Reform, der Privatisierung, alles nach US-Drehbuch abläuft. Als Garant diente der US-Regierung der fließend englisch sprechende und mit Washington bestens vertraute Privatisierungsminister Anatoly Tschubais, dessen Mitarbeiter vom damaligen US-Finanzminister Lawrence Summers als «wirtschaftliches Traumteam» gelobt wurde.⁴

Wie die Radikalreformer und ihre US-Berater konkret vorgehen, hat die amerikanische Anthropologin Janine Wedel beschrieben. «Wenn wir ein Dekret benötigten», so zitiert Wedel eine Quelle, «brauchte Tschubais nicht durch die bürokratischen Kanäle zu gehen. Oft ging es soweit, dass die US-Berater Dekrete selber aufsetzten, die dann von Jelzin unterschrieben wurden.»⁵ Schlüsselreformen wie die Privatisierung wurden hinter verschlossenen Türen entworfen, autonom und ohne demokratische Legitimität durchgesetzt.

Jelzin hatte eine rasche wirtschaftliche Genesung versprochen. In Wirklichkeit fand ein Zerfall statt, mindestens ein Drittel der Bevölkerung verarmte. Monatelang wurden kein Sold, keine Renten und Löhne mehr bezahlt. Die russische Wirtschaft funktionierte nur noch dank Bartergeschäften. Jelzin stand unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderer Kreditgeber und regierte nur noch über Dekrete.

Im Herbst 1993 kam es zum gewaltsamen Eclat. Im Oktober befahl Jelzin der Armee, das «Weisse Haus» zu stürmen, in dem sich die Opposition des demokratisch gewählten Parlaments verschanzt hatte. Jelzins Oktober-Putsch forderte mehrere hundert Todesopfer. Für die russische Bevölkerung war das eine zynische Erfahrung: Der Kommunismus war zusammengebrochen, ohne dass ein Schuss gefallen war. Aber die Einführung des Kapitalismus in Russland kostete einen hohen Blutzoll, weil

er in dieser Form auf demokratischem Weg nicht bestanden hätte.

Wenn heute der Westen Russlands «kontrollierte Demokratie» kritisiert, dann erinnert sich die russische Bevölkerung: Die Manipulation der Wahlen und Medien, der Angriff auf die Demokratie und Marktwirtschaft begannen in Russland nicht erst mit Putin, sondern schon unter Jelzin. Aber damals nahm der Westen diese «Schönheitsfehler» in Kauf. Jelzins Privatisierung und Kampf gegen die Kommunisten hatte Priorität. Das russische Volk jedoch verlor sein Vertrauen in die Demokratie. Die «Demokratisazija» wurde zur «Dermokratisazija» (dermo – Dreck, Scheisse).

Plünderung Russlands – unter dem Schutz des Westens

Während das übrige Russland in einer Depression zu versinken drohte, herrschte Mitte der 90er Jahre in Moskau Goldrausch-Stimmung. Die Börse boomte. Der Boom beruhte auf Geldern, die nur kurzfristig ins Land kamen und so schnell Gewinn abwarfen. Gleichzeitig deckte der weiterhin marode Staat das Haushaltsdefizit durch kurzfristige Anleihen, die Gewinnchancen bis zu 200 Prozent schufen. Die staatlich garantierten Anleihen entwickelten sich zu einem Pyramidensystem. Am 17. August 1998, nur wenige Tage nachdem Präsident Jelzin versichert hatte, es werde keine Abwertung geben, kollabierte der Rubel und mit ihm die meisten grossen Banken. Das System der Staatsanleihen und die gigantische Spekulation brachen zusammen. Nach der Hyperinflation traf die Augustkrise erneut die entstehende Mittelklasse am härtesten, also jene Bevölkerungsschicht, welche die wichtigste Basis für Demokratie und Marktwirtschaft in Russland hätte sein sollen.

Der August 1998 offenbarte den wahren Charakter der Privatisierung. Sie hatte das Kapital in die Hände einer «Elite» gelegt, die nicht Werte schöpfte – sondern abschöpfte und zum grossen Teil ins Aus-

land schaffte. Dazu gehörten auch die Kredite des IWF. Laut Schätzungen der New York Times⁶ sind zwischen 1993 und 1998 schätzungsweise 200 bis 500 Milliarden Dollar aus Russland abgeflossen. In Hearings des amerikanischen Kongresses bezeichneten hohe US-Regierungsbeamte und Experten diesen Kapitalabfluss als «gigantische Plünderung Russlands» unter dem Schutz der internationalen Finanzinstitutionen und als «Blutinfusion für die westliche Finanzwelt»⁷.

Inzwischen hat Russland dank der Petrodollars die Kredite zurückbezahlt. Die gleichen Kredite, die in den 90er Jahren in den Taschen der neuen russischen Kleptokratie und amerikanischer sowie europäischer Banken verschwanden, sind jetzt mit Mitteln aus dem staatlichen Stabilitätsfond zurückbezahlt worden. Das heisst: Die Zeche bezahlte das russische Volk.⁸

Schock – aber keine Therapie

Präsident Jelzin hatte der Bevölkerung versprochen, dass sie nach kurzer Zeit in einem «normalen europäischen Land» aufwachsen würde, wenn sie nur die Schocktherapie über sich ergehen lassen würde. Die russische Bevölkerung hoffte tatsächlich, in einem «normalen europäischen Land» leben zu können. In Westeuropa hatte sich während des Kalten Krieges die soziale Marktwirtschaft herausgebildet, eine Art Kompromiss zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Für diesen Kompromiss gab es nun nach dem Verschwinden des Kommunismus keinen Grund mehr. So kam die ganze soziale Marktwirtschaft in Westeuropa unter Druck. In Russland sollte sie erst gar nicht eingeführt werden – schon gar nicht mit Hilfe des Westens.

Auf die «Therapie» nach dem Schock wartete die russische Bevölkerung vergeblich. Die Erwartung, Russland werde geholfen werden wie Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Marshall-Plan, erfüllte sich nicht. Deutsch-

land war ja auch geholfen worden, weil im Hintergrund mit der Sowjetunion die kommunistische Gefahr drohte. Jetzt war der Kalte Krieg gewonnen. Und für Russland brauchte es keinen Marshall-Plan mehr, weil es den ursprünglichen Marshall-Plan wegen Russland gegeben hatte.

Ausgerechnet dort, wo die Reformer dem Volk hätten zeigen sollen, welche Alternativen es zum Kommunismus gibt, versagten sie am meisten: bei der Privatisierung und Eigentumsverteilung. Ein politischer Witz brachte die Erfahrungen der Bevölkerung in den 90er Jahren auf den Punkt: «Das, was uns die sowjetische Propaganda über den Kommunismus gesagt hat, war eine Lüge. Aber das, was sie uns über den Kapitalismus erzählt hat, hat sich als wahr erwiesen.»

Das Dilemma des Westens

In jedem westlichen Land hätte die Schocktherapie Massenstreiks und Regierungsstürze provoziert. Nichts dergleichen geschah in Russland. Die Bevölkerung machte die Faust im Sack. Erst heute erhält der Westen die Quittung. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist bereit, auf politische Freiheiten zu verzichten zu Gunsten von «Stabilität» und «Ordnung» eines autoritären Regimes. Vor diesem Dilemma standen die Beobachter des Europarates bei den Wahlen von Präsident Putins Nachfolger im März 2008. Die Wahlen seien zwar «weder fair noch frei» gewesen, so das Verdikt von Strassburg. Die gleichen Wahlen hätten aber auch dem «Willen des Volkes» entsprochen.

Was die Hoffnungen und Enttäuschungen im russischen Volk seit 1991 ausgelöst haben, hat der Direktor des unabhängigen Levada Zentrums und bekannte Soziologe, Lev Gudkov, formuliert: «Während der kurzen Zeit der Perestrojka war die Gesellschaft aufgerüttelt worden. Die Gebildeten und Engagierten waren angesichts der neuen Möglichkeiten gesellschaftlichen Han-

delns und der erwarteten weiteren Veränderungen geradezu euphorisch. Doch die Ereignisse der frühen 90er Jahre führten zu einer tiefen Enttäuschung über die Reformen, zu Mutlosigkeit, sozialem Ressentiment und einer allgemeinen Wut, die keinen Weg bahnen konnte. Die Folgen waren Lähmung und Zynismus, gesellschaftliche Passivität und eine Entfremdung vom Staat.»⁹

Keine selbstkritische Aufarbeitung

Die Rolle des Westens in der kritischen Periode nach der «Zeitenwende» ist noch wenig erforscht. Wichtige Akteure im «Transformations-Prozess» haben kein Interesse an einer selbstkritischen Aufarbeitung. In einem Rechenschaftsbericht der Weltbank aus dem Jahr 2001 heisst es immerhin, man habe Russland zu stark aus dem makroökonomischen Blickwinkel betrachtet. Russlands heutiges Malaise müsse durch «spezifische kulturelle und historische Erblasten dieses Landes» erklärt werden, die von der Reformpolitik zu wenig berücksichtigt worden seien.¹⁰ Bei diesen «historischen Erblasten» handelt es sich immerhin um eine Geschichte von 1000 Jahren Despotie und 70 Jahren Kommunismus. 2001 bedeutete eben kein «Ende der Geschichte».

Deutliche Worte an den Westen richtet der Moskauer Politologe Andrej Zagorskij: «Die russische Gesellschaft wird eher nationalistischer, ausländerfeindlicher und entwickelt eine bedenkliche Abneigung gegenüber dem Westen.» Diese Beobachtung lege den Schluss nahe, «dass die herkömmlichen transformationsbegleitenden Instrumente keine plausible Antwort auf die politische Dynamik in Russland geben können.»¹¹

Am meisten enttäuscht über die «politische Dynamik» in ihrem Land fühlen sich heute jene russischen Protagonisten, die den Realsozialismus beendeten und dann aber zusehen mussten, wie die Netzwerke des ehemaligen kommunistischen Machtsystems – mit Unterstüt-

zung des Westens – die führenden Funktionen in einem autoritären Kapitalismus eingenommen haben.

Ausgerechnet in Russland, wo die Eingliederung der «Zweiten Welt» in den globalen Kapitalismus die Gesellschaft in extremer Weise polarisiert und eine demokratische Entwicklung blockiert hat, findet bis heute die linke Globalisierungskritik noch kaum Widerhall. Aus diesem Erfahrungspotential könnte aber einmal eine Kapitalismuskritik im Osten entstehen, über die sich die Linke im Westen noch wundern könnte. ●

Roman Berger (geb. 1940), war 1991 bis 2001 Moskau-Korrespondent des «Tages-Anzeigers» und ist Autor des Buches «Russland hinter den Schlagzeilen» (Zürich 2001). Wir bringen diesen Beitrag des im Oktober erscheinenden «Jahrbuch Denknetz» mit dem Schwerpunkt «Kapitalismus und Demokratie» exklusiv als Vorabdruck.

¹ Simes, Dimitri): «Losing Russia». In: Foreign Affairs, November/Dezember 2007.

² Gaidar, Jegor: «Entscheidung in Russland». München 1995.

³ Götz, Roland: «Russland und seine Unternehmer. Der Fall Chodorkowski». In: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Aktuell 5, November 2003.

⁴ Stiglitz, Joseph: «Die Schatten der Globalisierung». Berlin, S. 158–196; Wedel, Janine: «Tainted Transitions». In: National Interest, Spring 2002.

⁵ Wedel, Janine: «Collision and Collusion». New York 1998.

⁶ Lloyd, John: «The Russian Devolution». In: The New York Times, 15. August 1999.

⁷ Ermath Fritz W.: «The Russian Crisis and American Intelligence». In: The National Interest, Spring 1999.

⁸ Toussaint, Eric u. Howald, Stefan: «Russland, die Oligarchen und die internationalen Finanzinstitutionen». In: Füglistner, Lis u. Howald, Stefan (Hg.): Illegitime Schulden. Basel 2005.

⁹ Gudkov, Lev: «Staat ohne Gesellschaft». In: Osteuropa, Nr. 1 2008.

¹⁰ World Bank: «The First Ten Years». Washington D.C. 2002.

¹¹ Zagorskij, Andrej: «Der Machtwechsel in Moskau – die aussenpolitische Hypothek». In: Russland Analysen, Nr. 155 2008.